

presse

Vertrauen kehrt auf den europäischen Bankenmarkt zurück

Carsten Schneider, stellvertretender Fraktionsvorsitzender:

Die EZB hat mit den Ergebnissen des Stresstests heute alle Voraussetzungen geschaffen, um am 4. November 2014 die Aufsicht über Europas Banken und Kreditinstitute zu übernehmen.

„Die Bilanzen der Banken wurden intensiv geprüft (asset quality review), damit sie ohne versteckte Altlasten an die EZB-Aufsicht übergeben werden können. Mit dem Stresstest wurde geprüft, ob die Banken und Kreditinstitute für den Fall einer Krise ausreichend gewappnet sind und vorgesorgt haben. Das wurde heute insgesamt bestätigt. Jetzt sind die Banken aufgefordert, dieses neue Vertrauen zu nutzen: Für mehr Kreditvergabe, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, aber auch zur Konzentration auf ihre eigentliche Rolle, der realen Wirtschaft zu dienen.

Das politische Ziel der SPD ist, dass Banken im Krisenfall nicht mehr durch den Staat mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerettet werden müssen.

Der Stresstest hat gezeigt, dass in einigen Mitgliedsstaaten die Banken teilweise die Mindestanforderungen für die Kapitalausstattung noch nicht erfüllen. Sie müssen jetzt nacharbeiten. Auch die Sitzstaaten haben hier noch einige Anstrengungen vor sich, die sie jetzt engagiert angehen müssen. Eine Rekapitalisierung von Banken durch öffentliche Mittel mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Staatsverschuldung sollte unbedingt vermieden werden. Dazu muss die Kommission das Beihilferegime restriktiv anwenden, um auch schon vor Inkrafttreten der Bankenabwicklungsrichtlinie eine effektive Gläubigerbeteiligung sicherzustellen.

Ich begrüße sehr, dass die deutschen Kreditinstitute einen wichtigen Teil ihrer Hausaufgaben gemacht haben und von der EZB als krisenresistent eingeschätzt werden. Es ist aber daran zu erinnern, dass sie dies nur mit erheblicher Hilfe des Bundes geschafft haben: Wir haben seit dem Jahr 2008 mit der Finanzmarktstabilisierungsanstalt Stabilität für den deutschen Finanzstandort gewährleistet. Jetzt ist es Sache der Banken und der EZB, dafür zu sorgen, dass dies so bleibt. Die EZB hat künftig die Aufgabe, die Banken streng zu überwachen und dafür zu sorgen, dass marode Institute restrukturiert, im Zweifel auch abgewickelt werden. Dazu wird flankierend ein Bankenhaftungsfonds aus Abgaben aufgebaut, die die Banken selbst zahlen müssen.

Für die EZB wird es künftig darum gehen, das Vertrauen, das sie jetzt geschaffen hat, zu erhalten – auch und gerade in ihre eigene Politik. Deshalb müssen auch weiterhin die Aufgaben der Geldpolitik und die Bankenaufsicht streng voneinander getrennt gehalten werden. Dauerhafte Stabilität einer Bank gibt es nur dann, wenn sie nicht auf Finanzmittel oder besondere Unterstützungsmaßnahmen der Zentralbank angewiesen ist. Wir werden die EZB bei der Aufsicht unterstützen, aber auch kritisch begleiten und kontrollieren.“